

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom: 2. November 2021

Ganzheitliches Klimakonzept gefragt

Wolfgang Steiger

appelliert für Innovation und Technologie, warnt vor einer ideologisierten Klimapolitik und verdeutlicht seine Position am Beispiel von klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen.

Der Schutz des Klimas ist ein gemeinsames Ziel aller Parteien und steht auch für die Wirtschaft fest: Deutschland soll klimaneutral werden. Das stellt Industrie und Unternehmen vor enorme Herausforderungen und ist zugleich eine einmalige Chance für uns alle. Wir müssen jedoch sehr aufpassen, dass unsere Klimapolitik nicht dazu führt, dass ganze Industriezweige ins Ausland abwandern. Leider sehen wir Anlass zur Sorge, dass der bereits unter der jetzt nur noch geschäftsführenden Bundesregierung eingeschlagene Weg von Verboten und Verschärfungen – auch häufig im Alleingang und nicht im Einvernehmen mit den europäischen Partnern – weiter beschritten werden wird, ohne die Folgen abzuschätzen, Instrumente zu konkretisieren und aufeinander abzustimmen.

Der Wirtschaftsrat war stets davon überzeugt, dass ein marktwirtschaftliches und innovatives Klimaschutzinstrumentarium besser und nachhaltiger wirkt als massive Staatseingriffe. Daran hat sich nichts geändert. Deshalb werden wir uns auch in dieser Legislaturperiode mit aller Kraft dafür einsetzen. Es gilt jetzt, konsequente Anreize und ein optimales Investitionsklima für die Weiterentwicklung innovativer Technologien zu schaffen, die den Klimaschutz in Deutschland, Europa und der Welt



Der Gastautor (56) ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU. Der unternehmerische Berufsverband vertritt mehr als 12 000 Mitglieder.

vorantreiben. Das ist der Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum. Dafür braucht Deutschland verlässliche politische Rahmenbedingungen, Technologieoffenheit und eine klare Orientierung am Kompass der Sozialen Marktwirtschaft statt ein überreguliertes Ordnungsrecht oder immer neue Verbote und Gebote.

Am deutlichsten wird dies am Beispiel des Beispiels Verbrennungsmotor: Das von den Grünen geplante Verbot würde eine Technologie beenden, die weltweit nicht nur im Schwerlastverkehr noch gebraucht wird. Hier können synthetische Kraftstoffe eine klimaneutrale Option sein. Nicht der Verbrennungsmotor stellt das Problem dar, sondern die Kraftstoffe. Werden im Motor mit grüner Energie erzeugte E-Fuels eingesetzt, ha-

ben Autos mit Verbrennungsmotor annähernd die gleiche Ökobilanz wie batteriebetriebene E-Autos. Positiv kommt noch hinzu, dass dafür nicht der oft mit ökologischen Risiken behaftete Abbau der knappen Rohstoffe Lithium und Graphit stattfinden und auch keine Batterieentsorgung einbezogen werden muss. Gerade die Speicherleistung der Batterietechnik nimmt mit zunehmender Lebensdauer ab. Nicht umsonst gewähren die Hersteller nur eine achtjährige Garantie auf den Akku ihrer Elektrofahrzeuge.

Dieses Beispiel zeigt, wie sehr es beim Klimaschutz auf eine ganzheitliche Betrachtung ankommt. Leider sehen wir bei den Koalitionären noch immer zu viel Vorfestlegung und Ideologie und zu wenig Realitätsbezug. Die Folgen einer ideologisierten Klimapolitik betreffen letztlich alle: große wie kleine Unternehmen, Konzerne wie Mittelständler – und nicht zuletzt die Normalverdiener dieses Landes, die häufig als Pendler auf das eigene Fahrzeug angewiesen sind, um vom Land in die Stadt zu ihren Arbeitsplätzen zu kommen. Nur durch Innovation und Technologie können wir die sozialen Verwerfungen vermeiden, die mit einer fehlgeleiteten Verbotspolitik einhergehen. Deshalb ist der Wirtschaftsrat gerade jetzt als starke Stimme der sozialen Marktwirtschaft gefragt.